

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, untersucht den Wahlbrief der Bischöfe unter dem Gesichtspunkt der Katholischen Soziallehre: Was zu bedenken ist.

Seite 1-3

Lenelotte von Bothmer MdB fordert nach der Pariser Namibia-Konferenz: Namibia unterstützen!

Seite 4/5

Dokumentation

Die tschechoslowakisch sozialistische Opposition LISTY zur Bundestagswahl am 5. Oktober.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 178

17. September 1980

Was zu bedenken ist

Zum Brief der katholischen Bischöfe

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Der von den katholischen Bischöfen für den nächsten Sonntag vorbereitete Hirtenbrief steht dem CDU/CSU-Wahlprogramm näher als der Katholischen Soziallehre. Was nach dem Zweiten Weltkrieg Aufbruch des Sozialkatholizismus in Deutschland war und weit über die katholische Kirche hinaus Beachtung und Anteilnahme gefunden hat, soll das nunmehr zur konservativen Tendenzwende verkümmern? Soll sich auf diesem Feld in ähnlicher Weise wiederholen, was sich in der Programmgeschichte der CDU/CSU abgezeichnet hat? Ist der Weg vom Ahlener Nachkriegsprogramm der CDU zum Manifest der "großen Wende", das die Handschrift des Kandidaten im Wahlkampf 1980 trägt, Vorbild gewesen?

Es sind dies Fragen, die nicht mit leichter Hand beiseite geschoben werden können. Das wäre vor allem für diejenigen bedrückend und enttäuschend, die in den hinter uns liegenden Jahren redlich und vorurteilslos mit katholischen Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und aus der katholischen Arbeiterbewegung die Frage nach der Zukunft der arbeitenden Menschen gestellt haben. Aus dieser Beziehung zwischen Katholischer Soziallehre und sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik wissen wir, wie unter unseren katholischen Freunden gedacht und geurteilt wird.

Die Arbeitnehmer stehen insgesamt vor auffälligen politischen Parallelen. So schweigt sich das Programm des Kandidaten des Bundestagswahlkampfes aus zur Mitbestimmung der arbeitenden Menschen. Sie aber ist in der Katholischen Soziallehre, in unserem sozialverfaßten Grundgesetz und nach sozialdemokratischer Überzeugung und Erfahrung ein sozialer Grundwert. Der Text des Hirtenbriefes übergeht die Mitbestimmung ebenfalls.



Er entfernt sich damit von einem zentralen Auftrag der Sozialenzykliken. Das geschieht ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die Frage nach der sozialen Position der Arbeitnehmer und der menschlichen Würde in der Arbeitswelt mit besonderer Dringlichkeit stellt. Wir erleben, daß am Ende dieses Jahrhunderts wirtschaftliche Strukturveränderungen und ein sich beschleunigendes Tempo technologischer Veränderungen auf die Arbeit, die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen einwirken. Sie berühren unmittelbar die Voraussetzungen persönlicher und auch familiärer Selbstbehauptung. Wenn von den Bischöfen über die Sorgen von Familien gesprochen wird, warum werden dann nicht mit einem Wort die Millionen Schichtarbeiter und ihre Familien erwähnt? Was hier im Bereich industrieller Arbeitsteilung geschieht, hat weitgehenden Einfluß als manches andere, was die Bischöfe sonst über die Familie sagen. Muß nicht die Frage nach der Würde des Menschen im Spannungsfeld zwischen Arbeit und Technik gerade zum Ende dieses Jahrhunderts bohrend gestellt werden? Daß der arbeitende Mensch mitbestimmen und Anteil haben kann, daß er gleichberechtigt ist und mit seinen Erfahrungen und Hoffnungen ernst genommen wird, ist dies kein Thema, dem es sich zuzuwenden lohnt?

Die Katholische Soziallehre geht von der Überzeugung aus, daß die Arbeit, ihr Wesen, ihr Inhalt und ihre Auswirkung auf den Menschen höher einzuschätzen sind als die Bedeutung des Kapitals. Hier deckt sie sich mit sozialdemokratischen Grundüberzeugungen. Sie gibt dem Menschen und den Voraussetzungen, unter denen er sich in der Arbeit verwirklichen und behaupten kann, Vorrang. Das aber heißt doch, angewandt auf die Politik, daß die materiellen Mittel und Möglichkeiten des Staates und der Gesellschaft vorrangig eingesetzt werden müssen, um Arbeit zu ermöglichen, Krisengefahren abzuwehren und soziale Grundlagen zu sichern. Es ist der Arbeiterhaushalt und nicht in erster Linie der Kredithaushalt einer Gesellschaft, der von der Katholischen Soziallehre ins Visier genommen worden ist.

Wie aber verträgt sich mit dieser grundlegenden Position der Soziallehre all das, was in dem Hirtenbrief zu "Staatsverschuldung" in Anlehnung an das Wahlprogramm der CDU/CSU gesagt worden ist? Die Antwort drängt sich auf: Dies ist weder mit den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten und sozialen Anforderungen der letzten Jahre, noch mit den Grundpositionen der Katholischen Soziallehre in Übereinstimmung zu bringen.



Hätten wir ebenso vorgehen sollen wie Reichskanzler Brüning am Ende der Weimarer Republik, der durch die Abschottung der deutschen Wirtschaft gegenüber der Weltwirtschaft und durch eine drastische Fiskalpolitik, durch die "Reduktion der Staatsquote" (das finanzpolitische Ziel des Kandidaten), unser Land zu seiner Zeit in eine soziale und wirtschaftliche Depression geführt hat mit noch immer unfaßbaren und politischen Konsequenzen? Haben wir in den letzten Jahren nicht richtiger und verantwortungsbewußter gehandelt? Sollten wir uns in den 70er Jahren der Erwartung und der Anforderung der übrigen Welt versagen, einen deutschen Beitrag zum Abbau weltwirtschaftlicher Rezession zu leisten? Und sollten wir nicht unsere materiellen Mittel und Möglichkeiten für Arbeit und wirtschaftliche Stabilität einsetzen?

Der Text des Hirtenbriefes bleibt gerade in dieser Beziehung bedrückend. Was haben sich seine Verfasser dabei gedacht, als sie die Not, den Hunger, die Hoffnungslosigkeit von Millionen Kindern und Jugendlichen in den Ländern der Dritten Welt mit keinem Wort erwähnten, aber den Jugendlichen in der Bundesrepublik, einem der reichsten Industrieländer der Welt, einreden wollten, ihre Lebenschancen seien verbaut? Dies allerdings führt zu Gewissensfragen und zur Herausforderung der politischen Moral. Es paßt in dieses Bild, daß in dem Text auch die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Kinder in Deutschland mit keinem Wort erwähnt werden. Und dies wäre gerade heute von Nöten gewesen.

Es ist die Frage nach den Maßstäben, die sich an einer Reihe von Stellen des Hirtenbriefes aufdrängt. Auch im Urteil über die Bundesrepublik. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war unser Land zerstört und weltweit isoliert. So fand damals die Jugend ihr Land vor, als sie aus dem Krieg und den Kriegsgefangenenlagern zurückgekommen ist. Unter diesen Voraussetzungen mußte sie die Frage nach den Chancen ihres Lebens stellen. Daß unser Land heute mit seiner wirtschaftlichen Kraft und seiner Sozialordnung einen vielbeachteten Platz in der Welt einnimmt und aus der politischen Isolierung seinen Weg zur Außenpolitik der guten Nachbarschaft gefunden hat, wäre dies nicht eines anderen Hirtenbriefes wert gewesen? (-/17.9.1980/ks/ca)

+ + +



Namibia unterstützen!

Im Anschluß an die Namibia-Konferenz vom 11. bis 13. September in Paris

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit,
stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Warum tut sich die Bundesrepublik so schwer, einem unterdrückten Land wie Namibia wirklich Unterstützung zukommen zu lassen? Sowohl rechtlich als auch politisch ist die Situation eigentlich schon lange und hinlänglich geklärt: Seit fast 20 Jahren ist die Verantwortung für das Land den Vereinten Nationen übergeben worden und ist zugleich Südafrika von seiner Mandatspflicht enthoben worden. Wiederholt haben die Vereinten Nationen und der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Republik Südafrika auf die Unrechtmäßigkeit ihrer weiteren Herrschaft aufmerksam gemacht und sie dringend aufgefordert, das Land zu verlassen. Alles dies scheint Südafrika lediglich den Vorwand gegeben zu haben, über diese Forderungen zu reden, zu verhandeln und sich ihnen immer wieder zu widersetzen. Wir erinnern uns:

1976 beschließt der Sicherheitsrat der UN Resolution 385, die freie und faire Wahlen für Namibia unter UN-Aufsicht verlangt. Südafrika kümmert sich nicht darum, sondern setzt seine Turnhallenkonferenz ein, die exekutive Gewalt bekommen soll. Das scheint den Westmächten, die bis dahin sich geweigert hatten, gegen Südafrika im Sicherheitsrat abzustimmen, doch gefährlich zu sein und die sogenannten Fünf (USA, England, Frankreich, Kanada und die Bundesrepublik) verhandeln mit Südafrika.

Die erste Folge der Verhandlungen ist immerhin positiv: Eine exekutive Macht bekommt die Turnhalle nicht, statt dessen wird ein südafrikanischer Administrator nach Namibia geschickt. Südafrika scheint auch den durch die UN beaufsichtigten Wahlen zuzustimmen, ohne allerdings deren Kontrolle zulassen zu wollen, wie die Resolution 385 sie verlangt. SWAPO stimmt den Bedingungen zu, die ihr von den Westmächten vorgelegt werden. Südafrika will die Wahlen vorziehen. Nun reisen die fünf Außenminister der fünf Länder nach Südafrika, um einen letzten Versuch zu machen, Südafrikas Zustimmung zu den von den Vereinten Nationen beaufsichtigten unkontrollierten Wahlen zu erlangen. Südafrika setzt statt dessen durch, daß es Wahlen in Namibia schon im Dezember 1978 abhalten kann und daß die von den UN beaufsichtigten Wahlen zu irgend einem späteren Zeitpunkt stattfinden sollen.

Dies kennzeichnet eine Niederlage der Westmächte, die seither nicht korrigiert werden konnte. Südafrika schaltet und waltet so ungeniert wie je in Namibia, ja viel schlimmer noch, es sendet erhebliche Militärkontingente ins Land. Überall findet Bedrohung und Tod, Gefängnis, Folter und Erniedrigung statt, und die Welt scheint gleichgültig zuzusehen.

Aber die Bundesregierung ist seit Jahren nicht müde geworden, immer wieder ihre Stimme gegen den Rassismus zu erheben. Sie versucht mit kleinen diplomatischen Schritten, die Republik Südafrika von ihrem Kurs der Apartheid abzubringen; sie hofft immer noch, daß ihr dies auf diplomatischem Weg mit viel Geduld in einer fernen Zukunft gelingen wird. Und sie verschließt die Augen gegenüber der Kehrseite der Medaille.

Die Kehrseite der Medaille wurde dieser Tage sehr deutlich auf einer Internationalen Namibia-Konferenz in Paris beim Namen genannt: Das bundesdeutsche wirtschaftliche En-



agement in Südafrika stabilisiert das rassistische Regime dort; das heißt, daß die Schwarzen in Südafrika keine Aussicht haben auf eine Verbesserung ihrer menschenunwürdigen Lage. Das heißt aber auch, daß für die Menschen in Namibia die gleiche Situation besteht. Deutsche Firmen haben zugleich mit Firmen aus USA und anderen westlichen Ländern wie Israel hinreichend Ausrüstung und Technologie an Südafrika geliefert, so daß es in der Lage ist, einen Krieg des Schreckens gegen die schwarzen Menschen im südlichen Afrika zu führen. Ja, Südafrika ist durch die Lieferungen längst in die Lage versetzt, Waffen und Zubehör aller Art selbst herzustellen.

Die schwarzen Menschen sehen darin eine Solidaritätshaltung der Bundesrepublik mit Südafrika.

Namibia, das reich an Bodenschätzen ist, wird von der Bundesrepublik zusammen mit den USA und anderen westeuropäischen Ländern, Japan und Australien, um seine Bodenschätze gebracht; Diamanten, Uran und wertvolle Mineralien werden in Millionen Tonnen durch Südafrikas Hilfe aus dem Lande gebracht.

Die schwarzen Menschen sehen darin eine Manifestation der Solidarität zwischen der Bundesrepublik und Südafrika. Sie beklagen das, was sie Heuchelei nennen. Sie beklagen den Mangel an politischem Willen der westeuropäischen Länder, der Bundesrepublik. Sie bitten die Deutschen immer wieder um Verständnis und Hilfe; es geht schließlich um ihre Existenz für jetzt und für die Zukunft, um ihr Leben. Es zeigt sich hier, daß es eine Grenze gibt für die Sowohl- als Auch-Politik. Ich kann nicht den Kuchen aufessen und ihn zugleich im Speiseschrank aufbewahren. Das heißt, ich kann nicht auf die Dauer auf Kosten der schwarzen Bevölkerung prosperierende Wirtschaftsbeziehungen zu dem rassistischen Regime in Südafrika unterhalten und dennoch auf die Zukunft hoffen, die mir gute Beziehungen zu den künftigen Partnern im südlichen Afrika bringen sollen, nämlich auf die Freundschaft der Schwarzen. Auch deren Geduld ist einmal erschöpft, ebenso wie unser Kredit an Moral und Zuverlässigkeit.

Bedeutsam erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß das Zentralkomitee der SWAPO nicht ausgeschlossen hat, noch einmal auf Verhandlungen der Westmächte mit Südafrika zu hoffen, obgleich es zugleich von bewaffnetem Kampf als dem einzigen Mittel zur Befreiung und Unabhängigkeit spricht. Sollte die Bundesregierung zusammen mit ihren Partnern in der UNO nicht alles tun, diese letzte Hoffnung zu erfüllen und noch einmal ihre Initiative starten? Diese Initiative allerdings müßte eindeutig gelernt haben, daß die Republik Südafrika ein gerissener Gesprächspartner ist.

Ich halte diese Initiative für umso notwendiger, als ganz Südafrika auf echte Solidarität aus dem Westen hofft und ganz Afrika ist einer der wichtigsten politischen Partner für die Zukunft. Außerdem würde eine erfolgreiche Initiative Waffenlieferungen, Unterstützung und politischen Einfluß aus dem Osten abwehren. Ende Oktober beginnt eine von den Vereinten Nationen ausgerufene Solidaritätswoche mit Namibia: Sollte dies für die neue Bundesregierung nicht der geeignete Zeitpunkt zu einem Neubeginn der Beziehungen auch zu seinen schwarzen Partnern in Afrika sein? (-/17.9.1980/bgy/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Die jüngste Ausgabe der LISTY, Zeitschrift der tschechoslowakischen sozialistischen Opposition, erläutert in ihrem Leitartikel, warum die exilierten CSSR-Bürger sich die SPD an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland wünschen. Ihre im Folgenden wiedergegebenen Argumente haben besonderes Gewicht im Hinblick auf die Ereignisse in Polen.

Die Wahl

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor der Wahl. Ist das eine rein deutsche Angelegenheit, die uns nichts angeht? Oder ist sie gerade für andere, zum Beispiel für uns, die tschechoslowakischen Sozialisten, auch von Bedeutung? Als Antwort bietet sich ein Ausspruch an, der in verschiedenen Fassungen unterschiedlichen Autoren zugesprochen wird: So wie Deutschland sein wird, wird auch Europa sein. Heute stimmt das wohl mehr denn je. Wir machen daher kein Mehl daraus, daß uns - aus vielen Gründen - an einem Wahlsieg der SPD und einer Fortdauer der sozial-liberalen Koalition gelegen ist.

Warum? Sind unsere Ansichten und Ziele identisch? Nicht ganz. Wir stehen einander nahe, haben aber unterschiedliche Meinungen in einigen Fragen. Wir versuchen, die Gegenwart aus dem Gesichtswinkel der Bedürfnisse des tschechoslowakischen Volkes zu betrachten. Wir haben andere Erfahrungen und wesentlich geringere Möglichkeiten als unsere deutschen Freunde. Wir wünschen eine allmähliche Veränderung des ideologisch-politischen status quo in Europa und die Freiheit der Eigenentwicklung auch für unser Land. Wir beurteilen möglicherweise die Bedeutung und Qualität der osteuropäischen politischen Strukturen unterschiedlich.

Im Prinzip sind wir aber eins: Die Teilung Europas kann nicht überwunden werden und die Bedeutung des Kontinents erneuert durch Gewalt, durch Erhöhung der Spannung, durch Konservatismus oder gefährliche Experimente, sondern allmählich, und vor allem, durch die unermüdliche Verwirklichung einer funktionierenden sozialen Demokratie.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht ohne Makel. Aber auf ihre Weise liefert sie ein Beispiel bereits längere Zeit. Nicht nur das "Wirtschaftswunder" sondern der erfolgreiche Kampf um soziale Gerechtigkeit im Rahmen politischer Freiheit, die Belehrung aus der Vergangenheit und die freundschaftliche Hand, die die Sozialisten und Liberalen den Völkern Osteuropas anboten, trugen dazu bei, das traditionelle Bild Deutschlands östlich vom Böhmerwald zu wandeln und dem "Realsozialismus" sowjetischer Prägung sein Spiegelbild vor Augen zu halten. Wir waren im Sowjetblock wahrscheinlich die ersten, noch lange vor dem Prager Frühling, die begannen, die Vorurteile und Mythen über eine "neue deutsche Gefahr" abzubauen und damit auch die Fesseln des eigenen Volkes zu lockern. Wir hatten damals nicht die gewünschten deutschen Partner in Regierungsverantwortung. Erst später wurde vieles von dem, um was wir uns bemüht hatten, zur Selbstverständlichkeit. Vieles fand seinen Eingang auch in die Politik der UdSSR - nachdem sie unseren Versuch um eine Demokratisierung mit ihren Panzern niedergewalzt hatte. Zu Zugeständnissen und einer realistischen Einstellung gegenüber Westeuropa brauchte sie gerade die aktive Politik der sozial-liberalen Koalition in Deutschland. Es besteht noch kein Grund zur Zufriedenheit. Die Politik der friedlichen Koexistenz hat sich noch nicht überall durchgesetzt; trotzdem bleibt sie der einzige Weg zu langfristigen Veränderungen von größerer Tragweite.

Wir wünschen uns Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Nicht nur wegen der unzweifelhaften Werte dieser Ziele an sich, sondern auch deshalb, weil dort, wo sie realisiert werden, der kommunistische Dogmatismus und Fanatismus keine Chancen hat.

Deshalb wünschen wir die SPD an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland.

(-/17.9.1980/ks/ca)

